Morgen-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt" u. „Handels-Zeitung" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal. Gratis-Beiblätter zum „Berliner Tageblatt": Jeden Montag „Zeitgeist", jeden Mittwoch „Technische Rundschau", jeden Donnerstag und Sonntag illustrierte Chronik „Der Welt-Spiegel", jeden Freitag das illustrierte Blatt „ULK", jeden Sonnabend „Haus und Garten"; täglich „Fernsprechmarkt für den Grundstücks-, Hypotheken- und Geldverkehr". Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Rußlands und der Donaustaaten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. In Berlin abonniert man bei der Haupt-Expedition SW. 19, Jerusalemerstr. 46/49, Fernsprech. Amt I, Nr. 10181-10148, sowie den nebenstehend aufgeführten Filialen.

Chef-Redakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Bezugs- u. Anzeigenpreis. Durch die Post bezogen viertelj. 6 M. Rußland extl. Postaufschlag; für Groß-Berlin bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 2 M., vierteljährlich 6 M. Direkt unter Kreuzband monatlich für Ausland 3 M., für Inland 3.20 M. Inserate 4 Zeile 80 Pf. („General-Anzeiger" und „Wohnungs-Anzeiger" 50 Pf.). Inseraten- und Abonnements-Annahme in der Haupt-Expedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46/49 und deren Filialen: Leipzigerstr. 103; Potsdamerstr. 38; Königstr. 56/57; Rosenthalerstr. 48; Prinzenstr. 41; Kaiserallee 8; Schöneberg, Hauptstr. 151; Fr. Frankfurterstr. 81; Frankfurter Allee 61/63; Fischerstr. 69; Wilmersdorf, Uhlandstr. 98/99; Allee 54; Schulzendorferstr. 27; Mainzer Str. 55; Charlottenburg, Kantstr. 12; Pankow, Wolfenstr. 1; Rixdorf, Berlinerstr. 41; Schöneberg, Hauptstr. 151; Friedenau-Steglitz, Rheinstr. 65; Groß-Lichterfelde West, Karlstr. 12; Halensee-Grunewald, Hektorstraße 1; Gr. Lichterfelde, Frankfurter Chaussee 135; Pankow, Borkholmerstr. 1; Rixdorf, Berlinerstr. 41; Schöneberg, Hauptstr. 151; Lagel, Berlinerstr. 90; Weißensee, Berliner Allee 23; Wilmersdorf, Uhlandstr. 98/99.

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

Nr. 157
40. Jahrgang

und Handels-Zeitung

Sonntag
26. März 1911

Hierzu die Illustrierte Halbwochen-Chronik „Der Welt-Spiegel" Nr. 25.

Politische Wochenschau.

Von
Paul Michaelis.

Bis zum Weihnachtsfeste soll sich in diesem Jahre, wenn auch mit einer längeren Sommerpause, die letzte Session des Reichstages vor den Neuwahlen erstrecken; so will es der blauschwarze Block und so will es deshalb auch die Bethmannsche Regierung. Sogar ein neues Diätengesetz will es sich die Regierung kosten lassen, um den schon recht altersschwachen Reichstag noch einige Zeit künstlich am Leben erhalten zu können. Die blauschwarze Mehrheit aber, die in ihrer Sünden Maienblüte so viel Schuld auf sich geladen hat, möchte gern noch durch einige gute Werke die Vergangenheit vergessen machen. Deshalb soll nun plötzlich mit Hochdruck gearbeitet werden, um noch eine ganze Reihe wichtiger und umfangreicher Vorlagen, wie die Justizreform, die Reichsversicherungsordnung, die elsaß-lothringische Verfassung und sogar noch das bisher nicht in Angriff genommene Gesetz über die Versicherung der Privatbeamten verabschieden zu können. Der Weg zur Hölle ist, wie man sieht, auch diesmal wieder mit guten Vorsätzen gepflastert.

Nur schade, daß es den Blauen und Schwarzen mit diesen Vorlagen so gehen dürfte, wie Mephisto in der klassischen Walpurgisnacht mit den Lamien. Was sie auch anfassen, es wird in ihren Händen zu einer Mißgeburt. Die Strafprozeßreform soll mit allerlei reaktionären Verunstaltungen, mit einer Verkürzung der Rechte der Angeklagten und mit einer Verschlechterung der Rechtsgarantien gepackt werden. Von der Reichsversicherungsordnung hat das Volk bisher weiter nichts zu spüren bekommen, als die abermalige Hinausschiebung der seit neun Jahren verheißenen Witwen- und Waisenversicherung. Und wohin der Weg bei der mit Unrecht als eine „Reform" bezeichneten Neuordnung der Fernsprechgebühren gehen soll, darüber ist die Oeffentlichkeit zur Genüge unterrichtet. In das gleiche Kapitel gehört auch die Beseitigung der freien Stromschiffahrt durch die Vorlage über Schiffahrtsabgaben, von der man allerdings dank des Widerstandes der auswärtigen Mächte noch nicht weiß, ob sie gleichfalls noch unter das Pensum des jetzigen Reichstages fallen soll, auf deren Erledigung aber die verbündeten Regierungen, wie offiziös versichert wird, großen Wert legen. Wohin man sieht, überall findet man statt Verbesserungen nur Verschlechterungen des bestehenden Zustandes.

Herr v. Bethmann Hollweg wird sich freilich damit zu entschuldigen versuchen, daß er nun einmal mit der jetzigen Reichstagsmehrheit arbeiten müsse. Und man wird zugeben können, daß auch für ihn das Vergnügen, die Geschäfte im Reich und in Preußen zu führen, nicht ungemischt ist. Herr v. Heydebrand, der Führer der preußischen Konservativen, hat ihn erst in der letzten Woche wieder seine Ueberlegenheit fühlen lassen. Der Versuch des Reichskanzlers, in der Reform der reichsländischen Verfassung einmal auf den Reichsgedanken Rücksicht zu nehmen, hat ihm eine Strafpredigt des Herrn v. Heydebrand eingetragen, die an Rücksichtslosigkeit kaum noch zu überbieten war. Und doch war die Konzession, die die verbündeten Regierungen notgedrungen machen mußten, wenn sie die reichsländische Reform nicht an der Schwelle scheitern lassen wollten, wirklich bescheiden genug. Durch die Bewilligung von dreielsaß-lothringischen Bundesratsstimmen wird Preußen auch nicht ein Titelchen seines Einflusses im Bundesrat und im Reich verlieren, da es ausgeschlossen ist, daß in einer entscheidenden Frage diese Stimmen gegen Preußen in die Wagschale geworfen werden könnten.

Herr v. Bethmann Hollweg hat sich in diesem Falle nur auf der Linie bewegt, die schon Fürst Bismarck bei der Begründung des Deutschen Reiches festgelegt hatte. Aber in den vierzig Jahren, die seit dem Zusammentreten des ersten Reichstages verflossen sind — ein nicht gerade alltägliches Jubiläum, das der konservative Präsident Graf Schwerin-Löwitz so stimmungsvoll feierte — haben sich die preußischen Junker immer mehr daran gewöhnt, das Deutsche Reich als ihre eigene Domäne anzusehen. Sie halten es bereits für eine Schwächung des preußischen Einflusses, wenn das Deutsche Reich in dem Sinne weiter ausgebaut wird, in dem es geschaffen wurde. Sie sehen es auch als ein todeswürdiges Verbrechen an, wenn einmal im Reich über ihren Kopf hinweg etwas geschieht. Denn darin gipfelt das Dogma der preußischen Konservativen, daß auch im Reich nichts unternommen werden darf, dem sie nicht ihr Placet erteilt haben. Ob konservativ-liberaler Block, ob blauschwarzer Block, unter allen Umständen wollen die Konservativen die Regierungsmehrheit dirigieren. Man muß auch Herrn v. Heydebrand zugeben, daß er immer sehr geschickt darauf hingearbeitet hat, im entscheidenden Augenblick eine Mehrheit um sich zu versammeln. Auf diese Weise hat er bei der Nachlaßsteuer im Reichstage richtig kalkuliert, er hat auch, um sich bei der preußischen Wahlreform nicht in die Minderheit drängen zu lassen, selbst für die von den Konservativen so grimmig bekämpfte geheime Wahl gestimmt und derart immer wieder die Unentbehrlichkeit der Konservativen demonstriert. Bei der reichsländischen Verfassungsreform aber hat er sich die Entscheidung aus der Hand nehmen lassen. So zog er sich grollend in das ihm botmäßige preußische Abgeordnetenhaus zurück, um Herrn v. Bethmann Hollweg Fehde anzusagen.

Herrn v. Bethmann Hollweg blieb kein anderer Ausweg übrig, wenn er nicht auf die reichsländische Verfassungsreform verzichten wollte, als sich seiner Haut zu wehren. Er hat mit einer Offenheit, die man schätzen muß, ausgesprochen, daß man in Preußen keine kleinlich beschränkte Politik machen könne. Aber wenn er auf diese Weise den engherzigen Junkerstandpunkt verwarf, so machte er doch gleichzeitig vor den Konservativen seine Verbeugung, indem er den „Herren der Linken" zu verstehen gab, daß Preußen seine Macht unversehrt aufrecht erhalten müsse. Diese kleine Attacke gegen links paßte zwar nicht in den ganzen Zusammenhang, da kein Mensch daran denkt, Preußen depossedieren zu wollen; aber sie war gesinnungstüchtig. Ob sie freilich ausreicht, Herrn v. Bethmann Hollweg bei den preußischen Junkern Verzeihung zu erwirken, das steht noch sehr dahin. Es könnte sehr wohl sein, daß es der Kanzler auf diese Weise vollends mit beiden Teilen verdirbt.

Vom liberalen Standpunkt aus wird man sich überhaupt hüten müssen, die reichsländische Verfassungsreform schon deshalb als annehmbar zu bezeichnen, weil sie gegen die Konservativen gemacht worden müßte. Das Zugeständnis der drei reichsländischen Bundesratsstimmen mag an sich ein Entgegenkommen der verbündeten Regierungen bedeuten, aber es bleiben doch noch sehr große Bedenken bei der geplanten Zusammensetzung der Ersten Kammer und bei der Gestaltung des Wahlrechts für die Zweite Kammer übrig. Das Zugeständnis des direkten und geheimen Wahlrechts wird in bedenklicher Weise entwertet einmal durch die Altersplural stimmen, und dann durch die Wohnsitzklausel, die eigentlich nicht mehr gestattet, von einer Allgemeinheit des Wahlrechts zu sprechen. So bleiben noch manche sehr dringende Forderungen übrig, die durchgesetzt werden müssen, wenn der Zweck der Vorlage erreicht werden soll, der doch nur in einer Stärkung des Reichsbewußtseins der elsaß-lothringischen Bevölkerung durch die Gewährung freiheitlicher Verfassungsbestimmungen bestehen kann.

Gelingt es aber selbst, in diesem Einzelfalle die entgegenstehenden Schwierigkeiten zu überwinden, so wird man doch die Frage aufwerfen müssen, ob nun auch noch der ganze Rest zweifelhafter Entwürfe von dem jetzigen Reichstag durchgepeitscht werden muß. Es handelt sich bei der Verlängerung der Session bis zum Weihnachtsfest um nichts anderes, als um die Hinausschiebung des Strafgerichts der allgemeinen Wahlen bis zum nächsten Januar. Daß die Agrarier auf Winterwahlen hinarbeiten, konnte nicht weiter überraschen. Einmal rechnen sie wohl damit, daß ihnen noch irgend ein Glücksfall zugute kommen könnte, und dann vertrauen sie auf die rauhe Jahreszeit, die ihnen mit Schnee und Kälte die lästige Agitation der liberalen Parteien vom Halse halten soll. Sie haben sich so tief in Mißkredit gebracht, daß sie nur noch von der Zeit einen Umschwung der Volksstimmung erhoffen können. Deshalb scheint ihnen jetzt, wenn nur Zeit gewonnen wird, alles gewonnen zu sein. Freilich bringt die Zeit auch immer wieder neuen Agitationsstoff gegen die Agrarier zutage, und gerade die letzte Woche hat an dem Beispiel der Kalischmiergelder nur zu deutlich erkennen lassen, daß die Liberalen in ihrem Kampf gegen die Agrarier auch bis zum nächsten Winter um brauchbares Material nicht verlegen sein werden.

Auch daß es in der Gießener Stichwahl dem Vertreter der Antisemiten gelungen ist, sich noch einmal zu behaupten, konnte der Reaktion nur als ein schwacher Trost im Leid erscheinen. Man braucht auf liberaler Seite nichts zu beschönigen und muß es deshalb beklagen, daß die beiden liberalen Richtungen von vornherein uneinig in den Wahlkampf gingen, daß die Nationalliberalen die bedauerliche Stichwahlparole für den Antisemiten abgaben und daß endlich von den Korellwählern ein wenn auch glücklicherweise nur kleiner Teil in das antisemitische Lager abschwenkte. Aber die Sozialdemokraten sollten mit ihren Vorwürfen um so mehr sparen, als auch im sozialdemokratischen Lager die Disziplin zu wünschen übrig gelassen zu haben scheint.

In jedem Falle muß Gießen-Nidda bei den nächsten allgemeinen Wahlen dem Liberalismus gewonnen werden. Im nationalliberalen Lager hat man glücklicherweise eingesehen, daß es ein schlimmer Fehler gewesen ist, in Gießen-Nidda ein Mandat den Antisemiten zuzuschieben. Sowohl der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei wie der Zentralausschuß der Fortschrittlichen Volkspartei haben vor acht Tagen Beschlüsse gefaßt, die auf eine straffere Zentralisierung der Wahlvorbereitungen hinauslaufen und damit eine Verständigung über ein gemeinsames Vorgehen beider Parteien erleichtern dürften. Diese Verständigung im liberalen Lager ist allerdings notwendig, und zwar schon deshalb, weil Zentrum und Konservative sich bei den nächsten Wahlen konsequent in die Hände arbeiten werden. Sie wird aber auch erfolgreich sein, wenn die Henkersfrist, die sich die reaktionären Parteien gesichert haben, richtig ausgenützt wird.

---

* Die **italienische Kabinettskrisis** ist als **gelöst** zu betrachten. Wie uns ein Telegramm unseres römischen ✆-Korrespondenten meldet, wird nach Eröffnung der Jubiläumsfeste das Ministerium mit den Sozialisten Bissolati und Bonomi vor die Kammer treten. Der dritte Sozialist Cabrini, der bisher genannt wurde, scheint nicht mehr in Frage zu kommen. Bissolati wird voraussichtlich Ackerbauminister, Bonomi wahrscheinlich Staatssekretär des Schatzamtes.

Die deutsch-englische Verständigung.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L. Paris, 25. März.

In hiesigen politischen Kreisen wird davon gesprochen, daß eine Annäherung zwischen Deutschland und England in positiver Form nahe bevorstehe. Einzelheiten sind nicht zu erfahren, doch scheint die Tatsache als sicher betrachtet zu werden.

Der Kaiser in Venedig.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

[L] **Venedig**, 25. März.

Das prächtige Bild, das die Ankunft des Kaisers bot, wurde durch das trübe und regnerische Wetter ein wenig beeinträchtigt. Die alten Paläste längs des Canale Grande hatten ihre Flaggen ausgehängt, und das Bahnhofsgebäude prangte im reichsten Blüten- und Flaggenschmuck. Da der Besuch des Kaisers ausdrücklich als ein privater gekennzeichnet worden war, fehlten die Vertreter der Staats- und Militärbehörden. Nur der Herzog der Abruzzen und der Prinz von Udine, Admiral Faravelli, der Präfekt, der Quästor und der deutsche Konsul Graf Foccini, ein persönlicher Freund des Kaisers, hatten sich eingefunden. Um 12 Uhr 24 Minuten, sechs Minuten vor der angesetzten Zeit, fuhr der Hofzug ein. Da dieser Zug aber eine außerordentliche Länge hatte, kam das Abteil, in dem der Kaiser saß, außerhalb der Bahnhofshalle zu stehen, so daß der Kaiser in strömenden Regen aussteigen mußte. Gleichzeitig verließen die Kaiserin und die Prinzessin Viktoria Luise den Wagen. Der Kaiser drückte dem Herzog der Abruzzen herzlich die Hand und begrüßte dann den Prinzen von Udine, die dann der Kaiserin und der Prinzessin ihre Aufwartung machten. Frau Reichsteiner, ein angesehenes Mitglied der deutschen Kolonie in Venedig, überreichte der Kaiserin und der Prinzessin prachtvolle Blumensträuße. Der Kaiser schien sehr gut aufgelegt und sah sehr gut aus.

Nunmehr verließen die Kaiserin am Arm des Herzogs der Abruzzen, der Kaiser mit der Prinzessin Viktoria Luise und dem Prinzen von Udine den Bahnhof, vor dem sich eine große Menge angesammelt hatte, und bestiegen eine Barke. Längs des Kanals stand ebenfalls eine unabsehbare Menge, die den deutschen Gästen das Willkommen bot. Kurz vor 1 Uhr kam die Barke bei San Marco an. Die Geschütze donnerten; die italienischen Schiffe wiesen große Flaggengala auf und die Mannschaften begrüßten den Kaiser und die Kaiserin durch lauten Zuruf. Die Barke legte an der „Hohenzollern" an und die Gäste begaben sich an Bord des Schiffes. Einige Minuten später kam eine andere Barke mit dem Kurier für den Kaiser.

Um 2 Uhr 45 Minuten begab sich die Kaiserin in Begleitung der Prinzessin Viktoria Luise in die Akademie. Sie besichtigten die Galerie und fuhren von dort an Bord der „Hohenzollern" zurück. Ueberall, wo die Kaiserin vorbeikam, wurde sie und ihre Tochter sympathisch begrüßt. Um 5 Uhr ging der Prinz von Udine an Bord der „Hohenzollern" und verblieb dort in anregendem Gespräch mit dem Kaiser dreiviertel Stunden. Es folgte dann ein Abendessen im intimen Kreise, zu dem der Herzog der Abruzzen, der Prinz von Udine und Graf Foccini eingeladen waren.

Stolypins Staatsstreich.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

✕ **Petersburg**, 25. März.

Das Interesse des Augenblicks dreht sich um den seltenen Staatsakt der Suspendierung des Reichsrates und der Reichsduma für drei Tage, der in liberalen Kreisen als antikonstitutionell bezeichnet wird und einen bedenklichen Präzedenzfall für die Zukunft bildet. In diesen drei Tagen wird nicht nur der Entwurf der Semstwoverwaltung im Westgebiet, sondern auch gleichzeitig der Marineetat durch Ukas des Zaren verwirklicht werden. In Dumakreisen herrscht sehr scharfe Verstimmung. Niemand stellt in Abrede, daß der vorliegende Staatsakt den Gipfel der Reaktion darstellt. Aus diesem Grunde bereiten die Kadetten für den Fall, daß der abgelehnte Entwurf auf die angegebene Weise verwirklicht werden sollte, eine Interpellation wegen der Ungesetzlichkeit dieses Aktes vor. Die Lage des Reichsrates erscheint nach dieser Maßregelung durch Stolypin ebenso erschwert wie die der Reichsduma, denn dieses Vorgehen kann sich bei jeder Ablehnung wiederholen. Ueberdies finden sich sehr ernste Stimmen, die den Entwurf als keineswegs einwandfrei bezeichnen. Jedenfalls wird die ganze Lösung der Krisis nach Ansicht höherer Beamten und einflußreicher Politiker nicht ohne nachhaltige Folgen bleiben. Als unverständlich wird bezeichnet, warum die Maßregelung Durnowo getroffen hat, welcher der ganzen Agitation gegen Stolypin ziemlich fern stand, obgleich er Führer der Rechten im Reichsrat gewesen ist. Weitere Maßregelungen von Reichsräten sollen in Aussicht genommen sein. Stolypin setzte gestern um Mitternacht die übrigen Minister von der Lösung der Krise und dem Entschluß der Regierung, Reichsrat und Reichsduma auf drei Tage zu suspendieren, in Kenntnis. Er fand die Zustimmung des ganzen Kabinetts. Jedenfalls läßt sich jetzt mit Kokowzew behaupten: „Rußland hat wirklich kein Parlament."

*

Nach einer weiteren Petersburger Drahtmeldung ist die Herzkrankheit bei dem Minister des Aeußern Sasonow befriedigend.